



NACHBERICHT ZUR 20. GENERALVERSAMMLUNG

Generalversammlung diskutiert PSG und österreichischen EU-Vorsitz

Rund 30 Mitglieder waren der Einladung zur Generalversammlung des VÖP am 12. Juni 2018 gefolgt und sie durften einen überaus spannenden Abend erleben! Keynote-Speaker Michael Ikrath, Ex-Banker und Politiker in Brüssel (Member of the European Economic and Social Committee), referierte zum Thema „**Die EU am Vorabend der Österreichischen Ratspräsidentschaft**“ und ließ mit kritischen Tönen über den österreichischen EU-Ratsvorsitz ab Juli aufhorchen.

Macht des EU-Ratsvorsitzes geteilt

Ikrath relativierte zunächst die Bedeutung des Vorsitzes: „Für Regierungen ist der EU-Ratsvorsitz nicht mehr so wesentlich wie früher.“ Denn seit den Verträgen von Lissabon, durch die die Europäische Union institutionell reformiert wurde, sei die Macht geteilt: Seit 2009 gibt es neben dem Ratsvorsitz durch eine Regierung auch einen Ratspräsidenten. Aktuell übt dieses Amt seit 2015 der Pole Donald Tusk aus. Kleiner Seitenhieb: „In Brüssel ist der Zugang wesentlich sachpolitischer als in der österreichischen Innenpolitik“, so Ikrath.

Die Schwerpunkte der österreichischen Regierung während des Vorsitzes werden laut ihm der Schutz der Außengrenzen, die Digitalisierung, Innovation, Wachstum und Beschäftigung sowie die Erweiterung der EU um Südosteuropa sein.

Brexit muss bis Oktober ausverhandelt sein

„Was bisher bei der Schwerpunktsetzung nicht bedacht wurde, ist, dass der Brexit im Oktober ausverhandelt sein muss, um rechtzeitig die nötigen Gesetzgebungsverfahren durchzulaufen zu können. Welche Rolle Österreich dabei spielt, ist noch nicht klar“, gab der Referent zu bedenken. Brexit-Chefverhandler Michel Barnier, mit dem Ikrath gute Kontakte pflegt, halte es sogar für möglich, dass die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen und erachte die Gefahr eines harten Brexit als sehr real. „Mittlerweile ist nicht nur das britische Oberhaus gegen den Brexit, auch das Unterhaus“, setzte Ikrath nach. Die Folgen eines Brexit skizzierte er mit einigen Zahlen: 75 Prozent der OTC-Umsätze, also jener von Finanzderivaten, werden am Finanzplatz London abgewickelt. 43 Prozent sämtlicher Währungsgeschäfte innerhalb der EU werden auf der Insel durchgeführt. 40 Prozent der Venture-Fonds sind in London domiziliert. 90 Prozent der Finanztransaktionen erfolgen nach englischem Recht. Der Ex-Banker: „Die Folgewirkungen eines Austritts wären unabsehbar.“

Ikrath zeigte sich auch nachdenklich zur Position der österreichischen Regierung, nach einem Austritt Großbritanniens nicht mehr Geld in den EU-Topf einzahlen zu wollen. Gleichzeitig eine europäische Verteidigung, Innovationsförderung, mehr Mobilität für die Jugend und einen besseren Grenzschutz zu fordern, sei nicht schlüssig. „Als Mittler eine derartige Position einzunehmen ist nicht klug und in Brüssel nicht förderlich.“ Dem widersprach in der anschließenden regen Diskussion VÖP-Präsident Veith Sorger: „Gleich von vorneherein die Bereitschaft zu signalisieren, mehr zahlen zu wollen, ist auch nicht der richtige Weg.“

Kaum nötige Einstimmigkeit

Abseits seiner Vorab-Analyse zur österreichischen Ratspräsidentschaft widmete Ikrath seinen Vortrag auch der aktuellen Situation in Europa. Sein Befund: Die steigende Komplexität sei der Hauptgrund, weshalb viele Entscheidungen immer schwieriger würden. Die nördlichen Staaten seien stabilitätsorientiert und wirtschaftlich stark. Club-Med-Staaten wie Frankreich, Italien, oder Griechenland seien transferorientiert. Ost- und Südosteuropa wiederum sei souveränitätsorientiert. Es gebe kaum ein Thema, das im Rat Konsens findet, berichtet der EU-Politiker. „Die Kommission kann vorlegen, was sie will, beim Rat ist Endstation. Selbst bei Themen, bei denen Einstimmigkeit erreicht wird, kann es sein, dass sie doch nicht umgesetzt werden, wie man bei den Flüchtlingsquoten gesehen hat.“

Dass es Reformen braucht, wie sie Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vorantreiben möchte, liegt somit auf der Hand. Ob es am Ende ein Europa mit weniger oder mehr Gemeinsamkeiten sein wird, sei offen. Fest stehe, dass rasche Entscheidungen nötig sind. Noch vor Ende 2018 solle es zu einer Grundsatzentscheidung kommen.

Kommt die Transferunion?

Beispielhaft für die Gegensätze seien auch die unterschiedlichen Ansichten über die Währungs- und Finanzunion. So spricht sich Deutschland nur für Transferleistungen bei externen Schocks aus. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron wäre jedoch bereit, auch für wirtschaftlich schwache Länder oder für die Rettung des Euro in die Tasche zu greifen. Dann solle Geld, das zuvor in einen EU-Gemeinschaftstopf eingezahlt wurde, an das betroffene Mitgliedsland auszahlen werden - was einer Transferunion gleich käme.

Ende der Geldflut: Gefahr für schwache Länder

Sorgen bereitet dem Ex-Banker auch der Euro. „So wie dieser heute dasteht, verfügt er über keine nachhaltige Stabilität.“ Es gäbe keine gemeinsame Fiskalpolitik und auch kein gemeinsames Verständnis für Maßnahmen in der Eurozone. Ebenso äußerte Ikrath seine Bedenken zum Anleihekaufprogramm der Europäischen Zentralbank: „Wenn die EZB das bisherige Fluten der Märkte mit Geld zurücknimmt, wird sich erst herausstellen, wie es den Staaten damit geht. Banken und Staaten sind eng verflochten, sogar stärker als vor der Finanzkrise 2008. Nach dem Ende des Quantitative Easings wird man erst sehen, wie sich wirtschaftlich risikoreiche Staaten zu welchen Zinsen refinanzieren können. Die Verschuldung der EU-Staatshaushalte geht damit auch Österreich als Ratsvorsitzenden etwas an“. Seine Keynote schloss der Vortragende jedoch mit einem Schuss Optimismus: „Bisher ist der Euro trotz vieler Turbulenzen nicht untergegangen und es ist gelungen, die Währung stabil zu halten.“

EU keine Wertegemeinschaft mehr

VÖP-Vorstand Günther Cerha fand ergänzende Worte zum Vortrag: „Die Staaten haben nicht alle die gleichen Motive, warum sie in der EU sind. Früher hat sich die EU als Wertegemeinschaft verstanden. Dieser Kitt fehlt nun. Die neuen Mitglieder haben aufgrund ihrer Geschichte ein anderes Verständnis von Europa.“ Die EU habe es verabsäumt, erziehungs- und bildungspolitisch Werte zu vermitteln. Die Folge sei, dass sich viele der neu hinzugekommenen Staaten bald als Europäer zweiter Klasse gefühlt haben.

Novelle des PSG und WiREeG

Das zweite bestimmende Thema des Abends war die immer noch in der politischen Warteschlange befindliche Novelle zum Privatstiftungsgesetz. Es wäre dringend an der Zeit, Stiftungen wieder attraktiver zu machen, so der allgemeine Tenor. Dazu gebe es bereits erste Signale aus dem Finanzministerium, doch wann die Novelle komme, sei nicht abzuschätzen. Nicht nur bestehende Stiftungen, auch neue, die nach Österreich kommen, seien an klaren Regeln interessiert. Generalsekretär Christoph Kraus berichtete von großen deutsche Unternehmen wie Haribo, Müller oder Würth, die Firmensitz und Stiftungen in Österreich begründet haben: „Rechtssicherheit und Mitspracherecht der Familien in Stiftungen sind wichtig für Stifter.“ Und erinnert gleichzeitig an die politische Realität: „Mit Unterstützung für Stiftungen sind keine Wahlen zu gewinnen.“

Kopferbrechen bereitet Stiftern und ihren Vorständen auch ein anderes Gesetz. Das WiREeG (Wirtschaftliches Eigentümer Registriergesetz) sei eine nicht wirklich geglückte Umsetzung einer EU-Richtlinie, so VÖP-Vorstand Maximilian Eiselsberg. „Der Verwaltungsaufwand steigt enorm an. Selbst ein toter Stifter ist, laut neuer Rechtslage, wirtschaftlicher Eigentümer der Stiftung. So als könnte man aus dem Grab heraus noch Geld waschen oder Terroraktionen planen,“ bewies der Stiftungsexperte Humor. Das Gesetz verlange auch, den Kreis der Begünstigten genau zu benennen. Bei falschen Angaben drohen saftige Strafen. Aber die Regierung habe bereits Lücken erkannt, sodass man auf Erleichterungen durch eine Novelle hoffen dürfe, so Eiselsberg.

Neu im Vorstand: Barbara Ascher

Ein Highlight des Abends wurde – abseits der zuvor diskutierten gesetzlichen und politischen Hürdenläufe – die einstimmige Wahl der Unternehmerin und begeisterten Stifterin Barbara Ascher in den VÖP-Vorstand. „Trotz vieler OGH-Urteile, die die Lage der Stiftungen erschwert haben, sind Stiftungen nach wie vor die beste Möglichkeit, um familiengeführte Unternehmen zusammenzuhalten und in die Zukunft zu führen“, betonte Ascher in ihrer kurzen Dankesrede zu ihrer Wahl. Der VÖP-Vorstand wurde übrigens auf weitere drei Jahre bestellt. Präsident Veit Sorger kündigte jedoch an, im Jahr 2019 seine Funktion gemeinsam mit einigen anderen Vorstandskollegen zu beenden und jedenfalls rechtzeitig für „eine geordnete Übergabe“ zu sorgen.

Für den Inhalt verantwortlich: Gerlinde Maschler